

Informationen für Versammlung Januar 2018 von Hans

Sektor 1 und syndicom allgemein.

Auf einem öffentlichen Parkplatz im aargauischen Künten waren Ende November während rund drei Stunden mehrere Dutzend Postpakete deponiert – ohne vor den Einflüssen des feuchten Novemberwetters geschützt zu sein. Jeder hätte sich an den Paketen frei bedienen können. Die Verpackungen zeigten: Kleider von Zalando wären ebenso zu haben gewesen wie Schuhe von Vögele oder ein Dyson-Staubsauger. Sie wurden von einem privaten Transporteur irrtümlicherweise dort abgeladen.

An einer Veranstaltung in Basel zur neuen Arbeitszeitberechnung bei der Paketzustellung nahmen immerhin 3 Personen teil. Davon 2 Teamleader.

Am 3. Februar wird im Altersheim Hofmatt ein Brunch für die Presto-Mitarbeitenden stattfinden.

Von syndicom wird bei den Mitarbeitenden von PostMail eine Umfrage betr. der Arbeitsbelastung durchgeführt.

Die Belegverarbeitung von PostFinance wird an Swiss Post Solutions (SPS) ausgelagert. Die Standorte Kriens und Münchenstein werden per Mitte 2018 geschlossen. Auch das Kontaktcenter in St. Gallen wird per Januar 2019 die Tore schliessen. syndicom bedauert diesen Entscheid, konnte aber in schwierigen Verhandlungen die Auswirkungen auf die betroffenen Mitarbeitenden abfedern. Die Gewerkschaft stellt fest, dass bei der Post immer stärker auf Auslagerungen gesetzt wird und fordert deshalb ein Umdenken.

Die Verhandlungen mit PostFinance gestalteten sich äusserst schwierig. Das Verständnis für eine konstruktive Sozialpartnerschaft musste erst aufgebaut werden und bedarf einer weiteren Entwicklung. Folgendes Verhandlungsergebnis liegt jetzt vor: Die betroffenen Angestellten von PostFinance werden von SPS übernommen und erhalten eine Besitzstandsgarantie für ihren Lohn und ihren Beschäftigungsgrad bis Februar 2020. Die Mitarbeitenden verbleiben im Basisplan I der Pensionskasse Post. Die Auslagerung wird um 3 Monate verschoben, damit mehr Zeit für individuelle Gespräche bleibt. syndicom wehrt sich nicht grundsätzlich gegen Auslagerungen, die aus betriebswirtschaftlicher Sicht Sinn machen. Durch die schlechteren Anstellungsbedingungen bei den Tochterunternehmen stellt sich aber die Frage, ob die Auslagerungen nicht missbraucht werden, um den soliden GAV Post zu umgehen. syndicom ist bestrebt, dass sich die GAV der Tochterfirmen dem Niveau des GAV Post annähern. Fehlende Sozialpläne bei Posttöchtern sind nicht akzeptabel.

Standortschliessungen in Kriens, Münchenstein und St. Gallen

Noch nicht begonnen haben die Verhandlungen bezüglich des Kontaktcenters St. Gallen und der Standorte Kriens und Münchenstein. Auch hier wird syndicom bestrebt sein, eine für die Betroffenen tragbare Lösung zu finden.

01. Mai 18 in Basel

- syndicom läuft nicht mehr an der Spitze

- Massnahmen gegen den Schwarzen Block
 - es soll einen Jugendblock geben
 - es soll Kontakt mit dem „revolutionären Bündnis“ = Schwarzer Block aufgenommen werden
 - Route wie vor zwei Jahren, Messeplatz-Marktplatz-Barfüsserplatz
 - ca. drei Redner wie Jean Ziegler, Paul Rechsteiner, Cedric Wermuth angefragt.
 - Migranten wollen auch Redezeit, trotz wenig Begeisterung des OK
 - eine Rapperin oder Stiller Has sollen auftreten
 - Der Mai-Bändel als Einnahmequelle bleibt
 - Sponsoren werden gesucht
 - 1. Mai-Bier
 - Vom BGB ist eine Anfrage bei der Sektion eingetroffen ob sie eine Gönnerschaft für das kulturelle Bühnenprogramm am 01. Mai übernehmen wolle.
 - Hauptband = Fr- 1500.-
 - Vorband = Fr. 800.-
 - Darbietung Migrationsgruppe Fr. 300.-
 - Kulturelles Intro = Fr. 700.-
- Diese Anfrage ging natürlich an alle angeschlossenen Verbände.

Soll die Sektion ein grosses Wandplakat für den 1. Mai am Gewerkschaftshaus mitfinanzieren?

Ja wenn alle 4 grossen Gewerkschaften dies zu gleichen Teilen mitfinanzieren. Das Plakat soll so gestaltet werden, dass es jedes Jahr wieder gebraucht werden kann.

Sektor 2 Telecom

Leider keine News erhalten.

Sektor 3 Sektor GIV

Die Nachricht über die faktische Fusion aller Zeitungen der AZ Medien mit den Regionalzeitungen der NZZ-Gruppe stellt ein Beben in der Schweizer Medienlandschaft dar. Die kommerzielle Logik ist wie beim Tamedia-Einheitsbrei der Motor zur Fusion. Was das für die Leserschaft, die Arbeitnehmenden und die Medienvielfalt bedeutet, ist in den Chefetagen kein Thema.

«Sämtliche Mitarbeitenden und Führungskräfte gehen in das neue Unternehmen über», heisst es in der Mitteilung der beteiligten Grossverlage NZZ und AZ Medien. Für die 2000 betroffenen Mitarbeitenden braucht es mehr als das: syndicom verlangt ein klares Bekenntnis des Verlegers, dass das neue Unternehmen keine Entlassungen vornimmt und den Stellenetat weitestgehend beibehält. Die Sozialpartnerschaft ist zu festigen: Die Redaktionen brauchen dringend einen Gesamtarbeitsvertrag (GAV), der die Mindestarbeitsbedingungen und die journalistische Unabhängigkeit absichert. Im Weiteren fordert syndicom Garantien und ein langfristiges Engagement des neuen Unternehmens für die Einhaltung und Weiterführung des heute geltenden

GAV in den Druckereien. Auch die Arbeitsbedingungen des Verlagspersonals sind mit kollektiven Bestimmungen abzusichern. Mit dem Joint Venture der beiden grossen Medienunternehmen entsteht ein riesiges Konglomerat, in dem die überregionalen Informationen von der Ostschweiz über die Innerschweiz bis zur Grossregion Aargau/Solothurn/Baselland vereinheitlicht werden. Es ist zu befürchten, dass der Leserschaft in naher Zukunft ein überall gleicher Einheitsmantel vorgesetzt wird. Wie damit «ein wichtiger Beitrag zur Meinungsbildung» geleistet werden soll, wie die Unternehmer heute schönfärberisch behaupten, weiss niemand. Für eine lebendige Schweizer Demokratie braucht es eine echte und fundierte Meinungsvielfalt sowie den Austausch und die Konkurrenz über verschiedene Sichtweisen.

Nach der angekündigten Einheitsredaktion im Tamedia-Konzern grassiert nun in zwei weiteren Grossverlagen die Fusionitis. Auch Somedia und Basler Zeitung scheinen bereits angesteckt worden zu sein. «More of the same» als einzige Antwort der Verleger auf die Herausforderungen der Digitalisierung in der Mediennutzung: das ist eine fragwürdige und beängstigende Zukunftsperspektive. Diejenigen Verleger, die gleichzeitig mit der Abschaffung der Radio- und TV-Gebühren bzw. der Abschaffung der SRG liebäugeln, haben einzig ihre Geschäfte im Fokus und ignorieren den Service-public-Auftrag der konzessionierten Medien. Jetzt braucht es erst recht ein kräftiges Nein gegen die «No Billag»-Initiative, um weiterhin eine unabhängige journalistische Sicht auf News und Informationen zu garantieren.

Politik allgemein

Nach dem Nein zur Altersvorsorge 2020 sind viele Probleme der Altersvorsorge ungelöst. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) hat grosse Zweifel, dass mit den Vorschlägen des Bundesrats zum weiteren Vorgehen diese Probleme gelöst werden können. So verliert der Bundesrat kein Wort darüber, dass die Kaufkraft der heutigen RentnerInnen wegen den steigenden Krankenkassenprämien und Gesundheitskosten stetig sinkt. Auch zu den sinkenden PK-Renten der künftigen Rentner-Generation äussert sich der Bundesrat nicht. Stattdessen ist vor allem vom höheren Rentenalter der Frauen und von länger arbeiten die Rede. Mit diesem Fokus würde sich die schwierige Lage der älteren Arbeitnehmenden noch verschärfen. Diese verlieren heute bei Stellenverlust sogar den Anspruch auf eine Rente. Kein Thema ist für den Bundesrat in neuer Zusammensetzung offensichtlich auch das Problem, dass die Frauen viel zu tiefe Altersrenten haben.

Diese Probleme gilt es zu lösen. Entscheidend für eine erfolgreiche Reform wird sein, ob die heutigen und künftigen RentnerInnen von ihren Renten aus AHV und Pensionskasse ihren Lebensstandard in angemessener Weise halten können. So wie es die Bundesverfassung vorschreibt. Dazu muss das Rentenniveau verbessert werden. Umso mehr als gemäss CreditSuisse-Sorgenbarometer 62% der Befragten die finanzielle Absicherung im Alter als ungenügend erachten. Zudem stammten viele Stimmen gegen die Altersvorsorge 2020 von heutigen RentnerInnen, die es als ungerecht empfanden, dass die AHV-Renten nur für kommende Rentner-Generationen erhöht werden sollten.

Der Bundesrat ignoriert diese Sorgen breiter Bevölkerungskreise. Stattdessen fokussiert er sich in den beschlossenen inhaltlichen Stossrichtungen wie von den Arbeitgebern gefordert auf das Rentenalter. Für den SGB ist klar: Die AHV braucht zusätzliche Mittel – vor allem in Form höherer Lohnbeiträge. Aber es braucht ebenfalls bessere AHV-Renten, damit der Verfassungsauftrag auch in Zukunft umgesetzt wird. In der zweiten Säule dürfen Banken und Versicherer keine Gewinne mehr auf Kosten der Versicherten machen. Das Frauenrentenalter muss bei 64 Jahren bleiben, denn

auch diese Massnahme war hart umstritten und wurde von einer deutlichen Mehrheit der Frauen abgelehnt. Und wer mit 58 und älter die Stelle verliert, soll in der alten Pensionskasse bleiben können.

Die Chefs von Post, SBB oder Ruag sollen nicht mehr als ein Bundesrat verdienen. Bei allen Unternehmen, bei welchen der Bund Hauptteigener oder Mehrheitsaktionär ist, wird der höchste Lohn auf Fr. 500 000.- pro Jahr begrenzt. Eine entsprechende Motion wurde im Nationalrat gutgeheissen. Nun ist es am Ständerat, diesen Entscheid für vernünftige Löhne in Bundesunternehmen mitzutragen.

Mehr als zwei Millionen Arbeitnehmende sind in der Schweiz einem Gesamtarbeitsvertrag (GAV) unterstellt. Somit setzt sich der langjährige Trend fort, 2 066 550 Arbeitnehmende sind knapp 589 GAV's unterstellt. Zum ersten Mal überhaupt tritt auch ein Tankstellen GAV in Kraft. Dies nach 2 Jahren Wartezeit. Der Mindestlohn wird in den meisten Kantonen 4100 Franken für Beschäftigte mit einer dreijährigen Berufslehre betragen. 3700 für Ungelernte.

No-Billag Initiative.

Eigentlich genügt ein einziger Blick auf den Initiativtext und sofort müssen alle Alarmglocken schrillen. «Der Bund versteigert regelmässig Konzessionen für Radio und Fernsehen». Man merke sich das Wort versteigert gut. Wer am Meisten bietet erhält die Konzessionen. Das heisst Leute mit riesigem Vermögen können dann bestimmen was im Fernsehen und Radio gesendet wird. Ein unabhängiger Journalismus ist damit nicht mehr möglich. Wir wären Manipulationen total ausgeliefert, so wie das z. B. heute schon in der Türkei, Russland, Venezuela und weiteren Ländern der Fall ist. Die Regierenden oder eben das Kapital bestimmt was das Volk hören darf. Minderheitenprogramme wie Kultur, Wort zum Sonntag, Sternstunde Philosophie etc. würden verschwinden. Wer würde noch etwas in rätoromanische Programme investieren? Interessante Filme, Sport etc. würden nur noch im Bezahlfernsehen gezeigt und das würde mit Sicherheit bedeutend teurer als die Gebühr von Fr. 1.00 pro Tag. Das Geld von der Versteigerung muss ja mindestens teilweise wieder eingenommen werden. Kleine Radiostationen wären dem Untergang geweiht. Für die Region Basel ist die SRG auch ein wichtiger Arbeitgeber und wird in Zukunft noch wichtiger. Mit dem Umzug ins neue Hochhaus am Bahnhof SBB als Standort werden ca. 330 interessante Arbeitsplätze geschaffen werden.

Die Schweizerische Depeschenagentur (SDA) welche jeweils die verschiedenen Pressedienste mit unabhängigen Nachrichten versorgt will mit Keystone fusionieren und so zu einem multimedialen Medienunternehmen werden. Auch hier stellt sich die Frage der Unabhängigkeit. Die altherwürdige SDA ist ernsthaft bedroht. Vor fast 125 Jahren wurde sie von den Schweizer Verleger als gemeinsames Selbsthilfeprojekt gegründet. Man wollte von den ausländischen Agenturen unabhängig sein. Heute beschäftigt die Agentur 155 JournalistInnen die täglich je ca. 350 Mitteilungen verfassen. Das sieben Tage in der Woche. Geld wollten die Verleger damit nie verdienen. Das wird sich mit der Fusion wohl ändern da Keystone den Aktionären Geld ausschütten muss.

Ist das Schweizer Arbeitsrecht ist für die Herausforderungen der Digitalisierung gewappnet? Ja, wenn es konsequent von den Behörden angewendet und umgesetzt wird.

Es braucht aber Verbesserungen, insbesondere bei der Bekämpfung von digitaler Schwarzarbeit und Gratisarbeit, beim Gesundheitsschutz sowie bei Home Office. Klar ist: Die Digitalisierung muss politisch so gestaltet werden, dass sie den Arbeitnehmenden nützt. Der SGB und seine Verbände werden dafür alle verfügbaren juristischen und rechtspolitischen Instrumente gebrauchen.

Insbesondere, wenn es um die Bekämpfung der digitalen Schwarzarbeit sowie die Einhaltung der Sozialversicherungs- und Arbeitnehmerschutz-Regeln (ArG, UVG) geht, sind die Behörden in der Pflicht, konsequent und rechtsgleich zu kontrollieren. Probleme bestehen im Bereich des internationalen Privatrechtsgesetz (IPRG). Zudem sind Arbeitnehmende im Home-Office nur wenig geschützt. Der SGB fordert deshalb eine entsprechende Anpassung des Heimarbeitsgesetzes. Auch im Home-Office sollen Haftungsfragen, Ergonomie, Datenschutz sowie Bereitstellung von Material und Bezahlung von Auslagen spezifisch geregelt werden. Zu einem ähnlichen Schluss war der Bundesrat in seinem Bericht zur Telearbeit vor einem Jahr gekommen. Leider jedoch liess er ihm keine Taten folgen.

Zum Schluss noch etwas unpolitisches was aber Gesellschaftlich auch Hoffnung offen lässt.

Über Neujahr/Silvester fand in Basel das Taizé-Treffen statt. Ca 17 000 Jugendliche nahmen daran teil.

Beim diesjährigen Treffen ging es in Zeiten von wachsender Angst und Abschottung um das Thema Freude und Vertrauen, sich auf das Fremde einzulassen. Das ist wichtig in einer Gesellschaft, in der oft gedacht wird, dass das Misstrauen steige. Somit hatte das Jugendtreffen auch eine politische Dimension. Es entsteht ein Netzwerk unter Jugendlichen, das mithelfen kann, dass sich die einzelnen europäischen Länder in Zukunft besser verstehen.

Das Taizé-Treffen war 1978 in Paris zum ersten Mal durchgeführt worden. Organisiert wird es von der im ostfranzösischen Ort Taizé ansässigen ökumenischen Mönchsgemeinschaft. Nach Genf vor zehn Jahren ist Basel die zweite Schweizer Stadt, welche die Grossveranstaltung beherbergt. Gegründet wurde der Ordner von einem Priester aus dem Kanton Wallis.

Januar 2018 / Hans Preisig